



Die „Mission Silberlocke“ mit Dietmar Bartsch, Gregor Gysi und Bodo Ramelow will mitwirken, dass Die Linke wieder in den Bundestag einzieht.

Gregor Gysi tritt wieder an!

Mission Silberlocke soll Bundestageinzug sichern

! Gregor Gysi hatte Mitte Oktober auf dem Parteitag der Linken in Halle in Aussicht gestellt, wieder für Die Linke in Treptow-Köpenick bei der nächsten Bundestagswahl anzutreten. Durch das Scheitern der Ampelregierung, die nicht mehr in der Lage war, angesichts der aktuellen Krisen im Land Verbesserungen für die Menschen im Land zu erreichen, sondern nur noch durch internen Streit auffiel, wird nun die Bundestagswahl vorgezogen werden. Deshalb verkündete Gregor Gysi am 20. November in der Bundespresskonferenz, dass er antreten werde, um das Direktmandat in unserem Bezirk zu gewinnen. Damit würde er in dem Bezirk, in dem er aufwuchs, zum sechsten Mal in Folge das Direktmandat gewinnen. Zugleich ist es aber auch das letzte Mal, dass er antritt, um die Interessen der Menschen in Treptow-Köpenick im Bundestag zu vertreten.

Seine Entscheidung begründete Gregor Gysi mit der Aufbruchsstimmung in der Partei, die er auf dem Parteitag und danach in der Partei wahrgenom-

men hat. Obwohl er selbst vermutlich Alterspräsident des neuen Bundestags werden würde, hat er viel Zuspruch von jüngeren Menschen aus

Treptow-Köpenick und anderen Ecken des Landes erhalten. Denn wenn Die Linke es nicht in den neuen Bundestag schaffe, werde es keine linke Stimme mehr im Parlament gebe, die für soziale Gerechtigkeit im Land eintrete. Dieser Aufbruch kommt auch in der Partei an, so sind allein seit dem Bruch der Ampelkoalition mehr als 4.000 Menschen in Die Linke eingetreten.

Die Mission Silberlocke, wie Gysi sie nannte, umfasst auch den ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, und den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, Dietmar Bartsch. Alle drei planen, ihr Direktmandat in Treptow-

Köpenick, Erfurt und Rostock zu gewinnen. Auch Sören Pellmann wird in Leipzig sein bereits zweimal gewonnenes Direktmandat verteidigen und mit Ines Schwerdtner in Lichtenberg und Pascal Meiser in Friedrichshain-Kreuzberg stehen die Chancen gut, weitere Direktmandate zu gewinnen. Das Ziel für Die Linke bleibt aber klar, als Partei deutlich über 5% bei der Bundestagswahl zu gewinnen, um als Fraktion in den nächsten Bundestag einzuziehen und für eine soziale Politik im Land zu streiten.

Soziale Gerechtigkeit heißt Gleichstellung von Ost und West

Als thematische Schwerpunkte seines Wahlantritts benannte Gregor Gysi folgende Punkte: soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit, Friedenspolitik, eine humane Migrationspolitik und ökologische Nachhaltigkeit sowie Gleichstellung von Frau und Mann sowie Ost und West. Gerade der letzte Punkt, die Gleichstellung von Ost und West ist seit 1990 stiefmütterlich von der Politik behandelt worden, so Gysi. Dem wolle er entgegentreten und eine klare linke Stimme im Bundestag vertreten. Diese brauche es umso mehr angesichts der Rechtsentwicklung global, aber auch in Deutschland. Die Linke in Treptow-Köpenick freut sich, mit Gregor Gysi in die vorgezogene Bundestagswahl zu ziehen. Denn klar ist, soziale Gerechtigkeit und eine starke Stimme für den Frieden, die auch der Aufrüstung und Militarisierung im Land deutlich widerspricht, gibt es nur mit dem Original – der Linken und Gregor Gysi.

■ ■ Fabian Wisotzky

» www.mission-silberlocke.de

Gysi meint ...

Frieden schaffen ohne Waffen

„ Die Situation im Krieg Russlands gegen die Ukraine spitzt sich weiter zu. An der Front wird erbittert und mit Zehntausenden Toten auf beiden Seiten um jeden Meter gekämpft. Russland rekrutiert inzwischen auch ausländische Truppen, zerstört die ukrainische Energieinfrastruktur und hat die Millionenstadt Dnipro mit einer neuartigen Interkontinentalrakete beschossen. Die Ukraine ihrerseits setzt nach der

Freigabe durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs die von diesen Ländern gelieferten Langstreckenraketen ein, um Ziele weit im Landesinnern von Russland zu treffen.

Diese fortgesetzte Eskalation und die Entgrenzung der Kriegshandlungen erhöhen jeden Tag die Gefahr, dass aus dem Konflikt ein furchtbarer Weltbrand wird. Inzwischen gibt es

erste Stimmen auch in Deutschland, die laut über den Einsatz von NATO-Truppen in diesem Krieg nachdenken. Der französische Präsident hält diese Option ausdrücklich offen. Russlands Präsident Putin hat die Atom-Doktrin seines Landes so verändert, dass Atomwaffen weit früher als bisher eingesetzt werden können. Der kommende US-Präsident Trump hat Ähnliches angekündigt.

Spätestens jetzt ist der Moment gekommen, an dem es ein lautes „Stopp!“ braucht. Von uns allen, von jeder und jedem, der und dem an einer friedlichen Zukunft gelegen ist. Europa, Deutschland müssen jetzt eine Initiative starten für einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen, verbunden mit dem Angebot, dann keine Waffen mehr zu liefern. Wer weiter glaubt, diesen Krieg militärisch entscheiden zu können und deshalb weiter Waffen liefern zu müssen, riskiert letztlich sehenden Auges den Wahnsinn eines 3. Weltkrieges.



Gesundheit und Pflege für Alle

Die Linke fordert wohnortnahe Versorgung



Die gesundheitliche Versorgung in Treptow-Köpenick befindet sich in einer akuten Krise. Während in Ost-Berliner Bezirken zahlreiche Haus-, Kinder- und weitere Fachärzt:innenstellen unbesetzt sind, herrscht in Steglitz-Zehlendorf oder Charlottenburg-Wilmersdorf eine Überversorgung. In Treptow-Köpenick sind alle Ortsteile betroffen – besonders Grünau, Plänterwald, Altglienicke und Johannisthal. Auch der ehemalige AfD-Gesundheitsstadtrat Bernd Geschanowski hat durch seine Untätigkeit zur Verschärfung des Problems beigetragen, indem er die Einrichtung einer Kontaktbörse für Ärzt:innen ablehnte und erfolglos allein auf wirtschaftliche Anreize setzte.

Anstatt aktiv gegenzusteuern, wird die Gesundheit der Menschen durch die Zwei-Klassen-Medizin, die Krankenhausreform von SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach oder die Untätigkeit des SPD-/CDU-Senats bei den Entlassungen von ca. 20% der in der Pflege Beschäftigten am Jüdischen Krankenhaus weiter aufs Spiel gesetzt. Das ist der traurige Gipfel des jahrzehntelangen massiven Abbaus öffentlicher Versorgungsinfrastruktur. In der Kooperationsvereinbarung der regierenden Parteien im Bezirk hat Die Linke die Einrichtung von zwei Medizinischen Versorgungszentren erfolgreich verankert. Ein erster Schritt wurde bereits umgesetzt: In Köpenick eröffnete auch dank des Engagements der linken Gesundheitsstadträtin Carolin Weingart eine neue Hausarztpraxis der Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Sowohl auf lokaler Ebene als

auch auf Bundesebene mit Gregor Gysi setzt Die Linke sich dafür ein, dass alle Menschen einen gleichberechtigten und wohnortnahen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung sowie zu Pflegeangeboten erhalten.

Bedrohte Arzthäuser langfristig sichern

Die KV muss ihrem Versorgungsauftrag nachkommen und die wirtschaftlich begründete Kündigung der Praxisräume am Dammweg in Plänterwald verhindern. Die dort direkt gewählte Abgeordnete, Katalin Gennburg, befindet sich in Gesprächen mit dem Eigentümer des Arzthauses, um den Standort zu erhalten. Auch in Johannistal Süd und an anderen Orten kämpft Die Linke für Erhalt und Ausbau aller bestehenden Arztsitze und unterstützt die Anwohner:innen in ihrem Engagement für eine wohnortnahe Ver-

sorgung. Das langfristige Ziel ist eine Kommunalisierung der Gesundheitsinfrastruktur im Bezirk.

Pflege und Teilhabe ausbauen

Ein Bezirk mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Menschen benötigt flächendeckend gute Pflege- und Beratungsangebote. Carolin Weingart organisierte deshalb als Stadträtin einen Runden Tisch, um

aufsuchende Angebote für pflegende Angehörige und alleinstehende Seniorinnen auszubauen.“

Gesundheits- und Betreuungsangebote ins Parkcenter

Die Linke Treptow-Köpenick strebt Kieze nach dem Konzept der „15-Minuten-Stadt“ an, in denen alltägliche Einrichtungen wie Arztpraxen und Supermärkte schnell erreichbar sind. Mit der Kampagne „Sorge ins Parkcenter“ unterstützt sie die Initiative, ein Sorgezentrum mit Gesundheits- und Betreuungsangeboten im fast leerstehenden Parkcenter Treptow zu etablieren.

■ ■ Lena Fries

Foto: Uwe Doering



Protest am Medizinischen Versorgungszentrum Plänterwald am Dammweg.

Mietwucher senken

Neuer Mietwucher-Rechner online



Auf Wohnungssuchportalen sind die Mietpreise in Berlin seit 2014 mehr als verdoppelt worden. Die Mieten sind kaum mehr bezahlbar. Vor dieser Mietenexplosion hat auch die Mietpreisbremse nicht geschützt, die außerdem häufig umgangen wird. Wie kann also gegen zu hohe Mieten vorgegangen werden? Eine zu lange vernachlässigte Antwort ist: Wuchermieten absenken.

Jetzt stellt Die Linke im Bundestag für Berlin einen Mietwucher-Rechner zur Verfügung. Damit kann ganz einfach online die aktuell gezahlte Kalt-Miete überprüft werden. Ist die Miete zu hoch, kann das mit wenigen Klicks an die in Treptow-Köpenick zuständige Bußgeldstelle gemeldet werden. Das Amt ist dann verpflichtet, dem Hinweis nachzugehen. Am Ende könnte eine überhöhte Miete gesenkt werden. Grundlage dafür ist das Wirtschaftsstrafgesetz, das eine überhöhte Miete oberhalb von 20 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete als Ordnungswidrigkeit bestimmt und mit Bußgeld belegt. Mietpreise 50 Prozent ober-

halb der Vergleichsmieten zu verlangen, ist sogar eine Straftat. Werden überhöhte Mieten oder Mietwucher festgestellt, muss zu viel gezahlte Miete erstattet werden. Die Miete wird gesenkt.

Als Linke im Bezirk Treptow-Köpenick setzen wir uns dafür ein, Wuchermieten zu senken. Anfragen des Linken-Abgeordneten in der Bezirksverordnetenversammlung, Uwe Doering, ergaben, dass in den vergangenen fünf Jahren in Treptow-Köpenick gerade einmal fünf Fallanzeigen für überhöhte Mieten und Mietwucher eingegangen sind. Keine davon wurde geahndet. Da geht mehr, findet Doering.

Über den neuen Mietwucher-Rechner der Linken im Bundestag sind allein in den vergangenen zwei Wochen 21 Hinweise auf überhöhte Mieten beim Bezirksamt eingegangen. Die Linke Treptow-Köpenick fordert jetzt, Hinweise auf Mietwucher mutig und engagiert zu verfolgen und wo es nötig ist, auch Gerichtsverfahren zu führen. Das Land Berlin hat bisher, entgegen seiner Ankündigungen, keine Anlaufstelle für die Verfolgung von Mietwucher geschaffen. „Der Senat muss endlich tätig werden und einen Handlungsleitfaden erstellen, wie die Bezirke den Nachweis der Zwangslage der Mieter führen können und Prozesse unterstützen. Der Bezirk ist bisher nicht Teil einer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft des Senats, sollte sich aber aktiv beteiligen“, fordert Doering.

Ein Blick nach Frankfurt am Main zeigt, wie es geht. Hier werden Verdachtsfälle auf Mietwucher konsequent durch die Stadtverwaltung verfolgt und wenn nötig auch zur Anzeige und vor Gericht gebracht. Seit 2020 konnten so 1.022 Fälle verfolgt und satte



Rückzahlungen von 330.330€ an Staat und Mieter:innen durchgesetzt werden. Das Frankfurter Wohnungsamt sowie die Landesregierungen im Bundesrat fordern, eine bessere Bekämpfung von Mietwucher zu ermöglichen. Die Linke hat den entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesrates dem Bundestag vorgelegt und fordert die Fraktionen von FDP, SPD, Grünen und CDU/CSU auf, ihre Blockade besseren Mieterschutzes aufzugeben.

■ ■ Hanno Bruchmann




Foto: GEW

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft protestierte gegen die Kürzungen des Berliner Senats. Unter anderem mit einem Streik der Lehrkräfte, Sozialpädagog:innen und Schulpsycholog:innen am 5. Dezember.

Der Schwarz-Rote Senat kürzt – Die Bezirke leiden

Gegen den Sparhaushalt und soziale Kürzungen

 CDU und SPD haben Berlin wieder einen Sparkurs verordnet und wollen in der Rezession die Ausgaben des Landes weiter kürzen. Das trifft insbesondere die Menschen hart, die auf diese Ausgaben direkt oder indirekt angewiesen sind. Wenn etwa Bibliotheken schließen oder das Angebot reduzieren müssen, sind nicht nur die dort Ange-

stellten betroffen, sondern auch die Menschen, die diese Orte für günstige Literatur oder als sozialen Treffpunkt nutzen.

Das Haushaltschaos ist inzwischen perfekt: Der bereits aufgestellte Haushalt für 2024 muss wegen der geplanten Kürzungen neu aufgerollt werden. Der sogenannte Nachtragshaushalt enthält dann Kürzungen, die vor allem

durch die Bezirke umgesetzt werden müssen. Besonders brisant ist das, weil die Kosten nicht nur für die Durchschnittsbürgerin gestiegen sind, sondern auch für die Bezirke. Hier steigen also auf der einen Seite die Kosten, während der Senat auf der anderen Seite die Gelder kürzt. Durch die steigenden Defizite werden die Bezirke die Angebote im Bereich Soziales, Bil-

dung und Kultur einschränken müssen. Freien Trägern droht die Kündigung.

Weitere Kürzungen betreffen ebenfalls die Bezirke, die genauen Auswirkungen sind aber noch nicht genau bestimmbar: Die Senatsverwaltung schließt mit den Bezirken Verträge für bestimmte Ziele, etwa saubere Schulen, ab und gibt dafür Geld. Das dafür zur Verfügung stehende Geld wurde gekürzt. Die Schulreinigung wird also schlechter werden. Kürzungen stehen auch für die Ziele Bibliotheken, Bildung, Jugend und Familie sowie bei Mobilität, Verkehr, Klima und Umwelt an. Zu Einschnitten könnte es auch bei Bürgerämtern sowie bei Ordnung und Sicherheit in Parks kommen.

Der härteste soziale und kulturelle Kahlschlag seit zwei Jahrzehnten betrifft vor allem Jugendarbeit, die Bildungsangebote für Familien, Kitaplätze, die Sanierung und Reinigung von Schulen. Der öffentliche Nahverkehr, die Verkehrswende und Maßnahmen für Klimaanpassungen werden auf Eis gelegt, die Zukunft der ganzen Stadt wird so gefährdet.

Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke, ist empört: „Es ist schlimm genug, das die CDU das tut, was man gewöhnlich von ihr erwartet: soziale Kälte und Kürzungen bei denen, die ohnehin schon wenig haben. Die Bürgerinnen und Bürger aber größtenteils darüber im Unklaren zu lassen, wo die Kürzungen genau einschlagen werden, ist perfide. Der Protest gegen diesen Sozialabbau muss jetzt laut werden, nicht nur von denen, die die Kürzungen letztendlich schultern müssen“.



Streit zwischen CDU und SPD

Schulsanierung wieder Thema in der BVV

Streit zwischen CDU und SPD um Schulsanierungen. Mit einer Großen Anfrage wollte die SPD-Fraktion in der BVV wissen, wie es um die Einsparungen im Bereich Schulen und Schulsanierungen steht. Der Rot-Schwarze Berliner Senat hatte zahlreiche Kürzungen und Verschiebungen angekündigt, die auch die Schulen in Treptow-Köpenick betreffen. Nachdem

Schulstadtrat Marco Brauchmann darstellte, welche Sanierungen kommen und welche auf Eis gelegt werden, wird die Debatte zwischen SPD und CDU laut. Die Koalitionspartner auf Landesebene gehen sich gegenseitig hart an und beschuldigen sich gegenseitig, die Koalition auf Landesebene beschädigen zu wollen. Die CDU-geführte Schulverwaltung und die CDU-

geführte Finanzverwaltung seien schließlich schuld, heißt es von der SPD. Die SPD hätte in den letzten dutzend Jahren die Schulen sanieren können, sagt die CDU, denn da sei die Schulverwaltung ein SPD-Resort gewesen. Der Wahlkampf auf Bundesebene kommt also auch längst im Bezirk an und hinterlässt auch auf Landesebene seine Spuren.

AfD-Blockade Alle sind schuld

Die AfD lehnt eine Ortsteilkonferenz in Köpenick ab. Als Grund dafür muss alles und jedes herhalten: vom Klima über Geflüchtete bis Windräder. Alle sind angeblich schuld, dass die AfD keine Ortsteilkonferenz in Köpenick unterstützen kann, erklärt sie in einer Rede. Dann die Überraschung: trotz angeblich dutzender Ablehnungsgründe enthält sich am Ende die Mehrheit der AfD-Verordneten. Die BVV beschließt die Ortsteilkonferenz mit der Mehrheit der demokratischen Parteien.

Interventionsstelle

Hilfe gegen häusliche Gewalt



Die aktuellen Fallzahlen zeigen, dass Gewalt an Frauen, Mädchen, Lesben, inter, nicht-binären, trans und agender Personen im Bezirk gestiegen ist. Entsprechend müssen mehr finanzielle Mittel seitens der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung zur Verfügung gestellt werden, insbesondere für den Ausbau der Beratungs- und Gewaltpräventionsangebote.

Ziel muss es sein, die Leitlinien der Istanbul-Konvention sowie des landesweiten Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf bezirklicher Ebene vollumfänglich umsetzen zu können.

Eine niedrigschwellige und wohnortnahe Beratungsinfrastruktur ist essenziell für Gewaltbetroffene, um den ersten Schritt aus einer Gewaltsituation zu machen, Anschluss und Beratung zu finden und Vertrauen in das Unterstützungsnetz zu bekommen.

Die Fachkräfte in den Interventions- und Koordinierungsstellen (Beratungs-

stellen) unterstützen Betroffene – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, politischer oder religiöser Überzeugung sowie Behinderung. Kindern und Jugendlichen wird ein geschützter Raum zur Verfügung gestellt, um über das Erlebte zu sprechen und es zu verarbeiten. Ebenso richtet sich das Angebot an private und professionelle Unterstützer:innen und Fachkräfte. Gemeinsam mit B'90Grüne und SPD hat nun die BVV-Fraktion Die Linke in einem Antrag an die Bezirksverordnetenversammlung dem Bezirksamt empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, die Beratungsinfrastruktur für die von Gewalt betroffenen Frauen, Kinder, Jugendlichen und andere aufgrund ihrer Geschlechtsintensität betroffenen Personen auszubauen und eine Fachberatungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt einzurichten. Die Beratungsstelle sollte über einen Kinder- und Jugendbereich verfügen. ●



Kontrollen durch das Ordnungsamt

Schnell auf Veränderung reagieren



Geschwindigkeitskontrollen nicht nur durch Polizei, sondern auch durch das Ordnungsamt sind in anderen Bundesländern bereits üblich. Die Ordnungsämter verfügen über einen besseren lokalen Überblick und können flexibel und schnell auf Gefährdungen und Veränderungen im Straßenverkehr reagieren, insbesondere dann, wenn sich der Verkehr wegen Bauarbeiten ins Nebenstraßennetz vor Kitas und Schulen verlagert, wie zuletzt in die Stiller Zeile während der Bauarbeiten auf dem Fürstenwalder Damm, wo es häufig zu ungeahndeten Geschwindigkeitsverstößen kam.

Die Geschwindigkeitsmessungen erhöhen darüber hinaus, insbesondere im Nebenstraßennetz, die Verkehrssi-

cherheit und sorgen für einen besseren Schutz für Fußgänger und Radfahrer.

Aus diesem Grund hat die Fraktion Die Linke in der BVV gemeinsam mit der SPD in einem Antrag dem Bezirksamt empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass in Treptow-Köpenick das Ordnungsamt neben der Polizei ebenfalls Radarkontrollen durchführen kann. Dabei soll sich die Zuständigkeit ähnlich wie beim SGA vorrangig auf das untergeordnete Straßennetz konzentrieren.

Dazu sollen die Bezirksämter in diesem Rahmen mit ausreichend Personal ausgestattet werden, um diese zusätzliche Aufgabe erledigen zu können. ●



Innenhof gerettet

Ab 01.01.25 wird der gerettete Innenhof in der Orionstraße final an das Bezirksamt übergeben und wird eine geschützte Grünanlage. Der grüne Innenhof an der Orionstraße sollte eigentlich bebaut werden. Zusammen mit den Anwohnenden hat die Fraktion Die Linke dafür gesorgt, dass stattdessen an anderer Stelle gebaut wird. Jetzt ist der Innenhof eine geschützte Grünanlage. #linkswirkt

Einwohnerversammlung auch für Köpenick-Süd

Senat muss Sorgen der Menschen anhören

Zwei Mal in Folge hat die Senatsverwaltung MVKU die Teilnahme an Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger im Ortsteil Plänterwald abgesagt. Erst nach Interventionen der Bezirkspolitik wurde jetzt ein Alternativtermin vorgeschlagen. Es geht um Infrastruktur, Neubauten, Nach-

verdichtung, Spreepark und Straßenumbau. In einem Antrag an die BVV haben nun die Fraktionen Die Linke, SPD und B'90Grüne das Bezirksamt ersucht, möglichst zeitnah eine Ortsteilkonferenz für die Region Köpenick Süd vorzubereiten und durchzuführen, um Anwohnerinnen und Anwohnern

bzw. Akteurinnen und Akteuren in der Region eine Plattform zum konstruktiven Austausch mit der bezirklichen Verwaltung sowie die Möglichkeit für Ideensammlungen für gemeinschaftliches Engagement und zur Vernetzung in ihrem Kiez zu schaffen.

Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher

für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke: „Die Senatsverwaltung muss sich ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern endlich bewusst werden und sich auch den kritischen Stimmen vor Ort stellen. Wenn in der Senatsverwaltung Entscheidungen getroffen werden, müssen diese von dort verantwortet werden, statt die Auswirkungen auf die Bezirkspolitik abzuschieben. Wir müssen auch darauf vertrauen können, dass Zusagen der Senatsverwaltung eingehalten werden. Wir brauchen eine Senatsverwaltung, die Verantwortung übernimmt und sich die Sorgen der Menschen vor Ort anhört.“ ●

Ampel abgelehnt

Vorrang für Autos statt Kinder



Das Bezirksamt lehnt es in einem aktuellen Schreiben ab, auf der Köpenicker Salvador-Allende-Straße eine weitere Ampel für Zufußgehende einzurichten. Schulkinder, Seniorinnen und Senioren sollen demnach Ampeln in etwa 350 Metern Entfernung nutzen. Daraus ergeben sich Umwege von 10 Minuten Gehzeit, wenn Kinder oder alte Menschen die Salvador-Allende-Straße sicher queren wollen, um zur Bushaltestelle, Schule oder Seniorenzentrum auf der anderen Straßenseite zu kommen.

Hintergrund für die Forderung der Bezirksverordnetenversammlung nach einer zusätzlichen Ampel an der Azaleenstraße war die Anregung des Runden Tisches Allende-Viertel. Die Fraktionen Die Linke, SPD und B90/Grüne hatten den Antrag eingebracht. Im nahen Kiezklub Allende sind viele ältere Menschen zu Gast, die nicht sehr gut zu Fuß sind und denen jeder Umweg schwerfällt. Die Ampel soll zudem Erleichterungen für den Schulweg bringen.

In der näheren Umgebung befinden sich neben dem Kiezklub zwei Grundschulen, zwei weiterführende Schulen, Spielplätze, eine Kita sowie eine Unterkunft für Geflüchtete mit Kindern. Absehbar ist, dass durch die vielen Baumaßnahmen und Umleitungen in der Umgebung der Autoverkehr auf der Salvador-Allende-Straße in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Wenn das Bezirksamt die Ampel befürworten würde, läge die letzte Entscheidung bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt.

Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke: „Im Bezirksamt hat die unterbrechungsfreie Fahrt für Autos offenbar Vorrang vor dem Schutz von Kindern sowie Seniorinnen und Senioren. Das ist haarsträubend und gefährlich. Vom gesetzlich festgelegten Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe der Zufußgehenden am Verkehr kann hier keine Rede mehr sein. Mit einem Satz die Wünsche von Zivilgesellschaft und



Bezirksverordneten vom Tisch zu wischen, zeigt auf der anderen Seite auch keine große Bürgernähe oder Kompromissbereitschaft. Wir werden

diesen Schlussbericht des Bezirksamtes deswegen nicht akzeptieren, bis man dort die Hausaufgaben macht.“

Beschlüsse:

Beschlossen:

IX/0823 Ortsteilkonferenz für Köpenick-Süd (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

IX/0848 Aufwertung des Zugangs zum S-Bahnhof Oberspree (SPD, Die Linke, B'90Grüne, Beitritt: CDU)

IX/0849 Hitzeschutzkonzept für die Gleisschleife am Bahnhof Schöneweide (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

IX/0851 Tempo 30 auf dem Dammweg (B'90Grüne, SPD, Die Linke)

IX/0855 BVG-Wartehäuschen nördlich und südlich der Allende-Brücke aufstellen (Die Linke, SPD, B'90Grüne, Beitritt: CDU)

IX/0879 Bezirkliches Kinder- und Jugendgremium entwickeln (Jugendhilfeausschuss)

IX/0882 Absage der Senatsverkehrsverwaltung an Bürgerinformation in Treptow-Köpenick (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

In die Ausschüsse überwiesen:

IX/0880 Errichtung einer öffentlichen Toilette neben dem Spielplatz Salvador-Allende-Straße / Uferpromenade (CDU, Die Linke)

IX/0881 Geschwindigkeitskontrollen durch das Ordnungsamt (SPD, Die Linke)

IX/0884 Schaffung einer Interventions- und Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt (B'90Grüne, SPD, Die Linke)

IX/0887 Pflegevertrag für den Schmollerplatz temporär fortsetzen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)



Details zu allen Anträgen gibt es beim Bezirksamt: gleft.de/5my

Mehr zu Linken Anträgen gibt es hier: gleft.de/4lx

Schmollerplatz Pflege fortsetzen

Modellprojekt ist ausgelaufen

Seit gut zwei Jahren pflegt die Kunger-Kiez-Initiative den Schmollerplatz. Das Modellprojekt ist jetzt ausgelaufen, das Anschlussprojekt zur Umgestaltung des Schmollerplatzes steht allerdings noch nicht unmittelbar in den Startlöchern. Um der Initiative etwas mehr Zeit zum Abbau ihrer Projekteinrichtungen und geordneten Übergabe zu geben, soll der Pflegevertrag bis zum Start des Freiraumkonzepts verlängert werden.

In einem Antrag an die BVV hat die Fraktion Die Linke, gemeinsam mit SPD und B'90Grüne, das Bezirksamt nun ersucht, der Kungerkiez Initiative die Pflege des Schmollerplatzes im Anschluss an das Modellprojekt „Prima Klima Lebenswelt“ bis zum Beginn der Umsetzung des Freiraumkonzeptes Schmollerplatz weiterhin zu ermöglichen. Die Kosten dafür trägt die Kungerkiez Initiative. Dabei soll das Grünflächenareal inmitten des Schmollerplatzes weiterhin nutzbar sein und attraktiv gestaltet werden.

Gleichzeitig erkennt die BVV an, dass mit der Übertragung der Pflege der Grünfläche für alle Neuland betreten wurde. Die letzten zwei Jahre zeigten sowohl Stärken wie auch Herausforderungen auf. Das Bezirksamt wird deshalb ersucht, weiterhin die Gesprächsbedarfe der Anwohnerschaft zeitnah gemeinsam mit der Kungerkiez Initiative aufzunehmen und die Bewirtschaftung beratend zu begleiten.

Dazu erklärt André Schubert, Sprecher für Grünflächen der Fraktion Die Linke: „Die Initiative macht nach Meinung vieler Anwohnerinnen vor Ort eine gute Arbeit. Diese Arbeit soll fortgesetzt werden, bis der Bezirk mit dem geplanten Umbau des Schmollerplatzes soweit ist. Damit alle Anwohnerinnen und Nutzerinnen und Nutzer einbezogen werden, sollen weitere Gesprächsangebote gemacht werden. Zuletzt hatte der Dialog einige Wellen geschlagen, aber gut funktioniert.“

Sie haben unnötige, überfordernde oder doppelte Bürokratie erlebt? Dann schreiben Sie uns gerne und melden überflüssige Bürokratie!

Bürokratie abbauen!
Wir helfen!

Meldeformular

Mehr Infos unter www.einfachamt.de
Folgt uns gerne unter [@linksfraktiontk](https://www.instagram.com/linksfraktiontk)

Die Linke
Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

#bürokratiemelder



An der Giebelwand der Kultureinrichtung „Alte Kita“ ist das Ergebnis des Kunstprojektes sichtbar.

Kunstprojekt Mosaic-Bridge

Über 150 Menschen zu MENSCHERECHTE vereint



Das internationale Kunstprojekt Mosaic-Bridge / Mosaik-Brücke vereinte über 150 Menschen zu Thema Menschenrechte

Im September schon war die „Alte Kita“ in der Hasselwerderstraße Schau-

platz eines internationalen Mosaikprojekts. KünstlerInnen und Bürgerinnen aus Johannesburg (Südafrika) und Berlin gestalteten gemeinsam ein beeindruckendes 65 m² großes Mosaik zum Thema MENSCHERECHTE. Ins-

piriert von Erich Kästners Worten „Glaubt nicht, ihr hättet Millionen Feinde. Euer einziger Feind heißt – Krieg“, steht das Projekt für die Kraft des friedlichen Miteinanders und die Bedeutung von Vielfalt. Jedes einzelne

Mosaiksteinchen, so klein und einzigartig es auch sein mag, trägt zu einem größeren, harmonischen Gesamtbild bei – genauso wie jeder einzelne Mensch.

Die Einladung der Werkstatt für Mosaikkunst Mosaizistas, der südafrikanisch-deutschen Malerin und Aktionskünstlerin Liz Crossley sowie des Künstlerkollektivs des Spaza Art Trust (Johannesburg) an alle Interessierten hatte einen überwältigenden Erfolg. Über 250 Teilnehmende haben ihr eigenes Mosaik zum Thema UNO-Menschenrechtskonvention gestaltet. Die jüngsten kamen aus einer Vorschulklasse in Adlershof, die älteste Teilnehmerin war 93 Jahre!

Dieses Projekt brachte Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Religionen, Anschauungen, Alter ... auf dem Gelände der Alten Kita zusammen, um gemeinsam zu arbeiten, sich gegenseitig zu helfen und einen friedlichen Diskurs miteinander zu führen, egal in welcher Sprache der Austausch auch stattfand.

Zu sehen ist das Ergebnis dieses Projektes an der Giebelwand und der Eingangstür der Kultureinrichtung „Alte Kita“ in der Hasselwerderstraße 22A

Queeres Leben in der DDR

Zeitzeugengespräch zu „Die Kids sind nicht alright!“



Ein Zeitzeugengespräch zu queerem Leben und Aktivismus in der DDR im Rahmen der Ausstellung „Die Kids sind nicht alright!“ zwischen der Künstlerin und Comic-Zeichnerin Sophia Hirsch (*1987 in Berlin) und Peter Rausch (*1950 in Berlin-Friedrichshain) findet am Sonnabend, 14.12.2024, ab 16 Uhr in der Galerie Adlershof statt.

Im Jahr 1973 gründete Peter Rausch zusammen mit anderen die erste schwullesbischtranssexuelle Emanzipationsgruppe in der DDR, die HIB

(Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin).

Ende der 1980er Jahre setzte er die Emanzipationsarbeit beim Berliner Verein Sonntags Club fort. Nach der Wende publizierte Peter Rausch Sachtexte wie zum Beispiel „Die bisexuelle Natur des Menschen – eine soziale Chance“ (Jena 1990). 2014 erschien sein erster Roman „HomoBlocker“. In der Ausstellung „Die Kids sind nicht alright!“ hat Sophia Hirsch eine großformatige Wandarbeit realisiert, die auf ihrem Graphic Novel „Die Äs-

thetik des Scheiterns“ basiert. Die Geschichte erzählt das Ende der DDR aus der Perspektive einer jungen Frau, die sich wiederum mit dem Leben ihres Vaters befasst: Ein Mensch, der als Homosexueller zum einen einer marginalisierten Gruppe angehörte, gleichzeitig aber auch in seiner passiven Haltung zu den großen politischen Umwälzungen seiner Zeit das Verhalten der Mehrheit der DDR-Bevölkerung repräsentierte. Entstanden ist ein Comic über die Poesie des (Weiter-)Lebens und über die Komplexität von

Identität, Erfolg und Liebe. Im kommenden Jahr wird der Band von Hirsch publiziert.“

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Do 15.00–18.00 Uhr
Dienstag 12.00–17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



linksfraktiontk

Schutz vor Wind und Wetter - macht das Warten gleich viel besser.

Mehr Schutz und Überdachungen am Bahnhof Schöneweide!

Die Linke

Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Unser Antrag für Klimaanpassung und guten Nahverkehr: gleft.de/5Rm

VHS-Programm erhältlich

Das Programmheft der Volkshochschule Treptow-Köpenick für Januar bis Juli 2025 ist ab sofort im Lernzentrum der VHS in der Baumschulenstraße 79 und in Kürze auch in den Bürgerämtern, Bibliotheken, KIEZKLUBs und anderen öffentlichen Einrichtungen erhältlich. Im Internet wurden die mehr als 1.000 Kursangebote, Workshops und Einzelveranstaltungen bereits Anfang November veröffentlicht. Buchungen können online, per E-Mail sowie vor Ort erfolgen. Das digitale Programmheft finden Sie unter dem Link: <https://gleft.de/5Uv>.

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick, Redaktion Aus dem Rathaus, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: LR Druckerei GmbH
Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26.11.2024
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Montag, 28. April 2025
Redaktionsschluss dafür: Di 15.04.25

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Dienstag, 14. Januar von 12–18 Uhr

im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter 63 22 43 57

Sozial- und Rechtsberatung

**Jeden zweiten Montag im
Monat um 16.30 Uhr**

Im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Telefonische Anmeldung
unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA

Mittwoch, 18. Dezember 15–17 Uhr

(nach vorheriger Terminabsprache),
Wahlkreisbüro „Die Quelle“
Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 13.00–17.00 Uhr
Donnerstag 10.00–16.00 Uhr

Kassenzeiten:

Montag 20.1.2025 (blättchen-Tag)
13.00–15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. 80 93 27 58

buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00–16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße:

Montag 20.1.2025 (blättchen-Tag)
13.00–15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de



dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei
DIE LINKE. Treptow-Köpenick

Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.

Satz: www.karenaugust.de

Druck: LR Druckerei GmbH

Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26.11.24

Erscheinungstag blättchen 305: Mo. 20.1.25

Redaktionsschluss dafür: Di 7.1.25

Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.



Von links nach rechts: Lena Fries, Gernot Klemm, Emily Lau, Hanno Bruchmann, Carolin Weingart, Moritz Warnke, Karin Kant, Alev Coban, Sonja Kemnitz, Christoph Chiafrino, Guido Filips, Florian Singer

Neuer Bezirks- vorstand gewählt

Leitantrag kritisiert CDU-SPD Kürzungen

Am 23. November fand der Bezirksparteitag der Linken in Treptow-Köpenick. Er stand ganz im Zeichen der vorgezogenen Neuwahl im Februar 2025. In vielen Redebeiträgen betonten die jungen und alten Parteimitglieder, warum es für sie eine starke Linke im Bezirk braucht: als Stimme gegen die Militarisierung im Land, als Stimme für Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und Gaza, als Stimme gegen den Mietwucher der Wohnungskonzerne, als Stimme für eine gute Gesundheitsversorgung bei uns im Bezirk, als Stimme für nachhaltigen Klimaschutz. Dies waren nur einige der genannten Gründe für ein Engagement für Die Linke.

Im Leitantrag wurde die Kürzungspolitik des CDU-SPD-Senats kritisiert. Diese führt in Treptow-Köpenick beispielsweise dazu, dass dringend benötigte Schulplätze im Bezirk nicht bereitgestellt werden können, weil der jetzt anstehende Neubau von Schulen und Turnhallen und die Sanierung be-

stehender Schulgebäude auf Jahre verschoben werden. Die Linke kritisiert das Versagen des CDU-SPD-Senats, der angesichts der Haushaltslage nicht die Steuerprüfungen bei Millionären und Großbetrieben verstärkt, um das benötigte Geld für den Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur einzutreiben. Stattdessen bleiben unter CDU und SPD 329 Vollzeitstellen in den Finanzämtern unbesetzt, was Die Linke nicht hinnehmen wird. Neben der Beratung der politischen Arbeit der Linken im Bezirk für die nächsten zwei Jahre wurde auch der Bezirksvorstand der Partei neugewählt. Dabei bestätigte Die Linke Treptow-Köpenick ihren Vorsitzenden Moritz Warnke sowie ihre stellvertretende Vorsitzende Carolin Weingart mit sehr großer Mehrheit im Amt. Als weitere Mitglieder wurden Alev Coban, Lena Fries, Karin Kant, Sonja Kemnitz, Emily Lau, Hanno Bruchmann, Christoph Chiafrino, Guido Filips, Gernot Klemm und Florian Singer gewählt. ■■

Petition gegen Wehrpflicht

Für die Selbstbestimmung Jugendlicher!

81% der Jugendlichen haben Angst vor Krieg (Shell Jugendstudie 2024). Während immer mehr Geld in Waffen und Aufrüstung fließt, werden Soziales, Bildung und Gesundheit vernachlässigt und bis zur Handlungsunfähigkeit zusammen gespart.

In diesem Rahmen wird auch eine Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert. Diese soll Jugendliche darauf vorbereiten, im Ernstfall ihr Leben im Krieg zu riskieren. Auch Ersatzdienste wie der Zivildienst schränken die Selbstbestimmung ein und lösen den

Fachkräftemangel nicht. Jugendorganisationen wie Linksjugend [solid] und Die Linke SDS haben das Bündnis „Nein zur Wehrpflicht!“ gegründet und eine Petition gestartet, um ein klares Zeichen gegen Wehrpflicht und Zwangsdienste zu setzen.



Jetzt unterschreiben:

<https://gleft.de/5Uc> Dort finden Sie auch Unterschriftenlisten zum Download, die eigenständig ausgedruckt und wieder hochgeladen werden können.

**Zahl
des
Monats:
4.238**

Seit dem Bruch der Ampelkoalition traten 4.238 Menschen neu in Die Linke ein. Dies ist eine historisch einmalige Eintrittswelle in Die Linke und zeigt, viele Menschen suchen eine soziale Alternative zu Merz, Scholz und dem Rechtsruck im Land.

SPENDENAUFBRUF: Wir brauchen Deine Unterstützung!

Die Spende kommt direkt dem Wahlkampf von Gregor Gysi in Treptow-Köpenick zu Gute.

DIE LINKE Berlin, IBAN:
DE59100708480525607803,
Verwendungszweck: DAMIT GYSI
GEWINNT, sowie eigene Anschrift
angeben (Anschrift ist notwendig,
weil die Spende sonst rechtlich als
anonyme Spende gewertet
werden muss und steuerlich nicht
geltend gemacht werden kann)



Zwei Zeitungen: ein Abo!

Linke Politik, frisch serviert! Bekomme mit dem kostenlosen Abo für **#AusDemRathaus & #blättchen** monatliche Updates zu linken Themen. Informiere dich jetzt!



Jetzt abonnieren!

Die Linke hilft!

NEU: AB 2025!

Die Linke

Fraktion in der BVV
Treptow-Köpenick

Bei Problemen aller Art: zum Beispiel mit den Ämtern, dem Jobcenter oder dem Vermieter. Bei Schwierigkeiten in der Schule, bei der Arbeit oder in der Familie – wir sind für Sie da.

Unsere Sozialsprechstunde

Jeden dritten Donnerstag im Monat, 17 bis 19 Uhr

Brückenstraße 28, 12439 Berlin-Schöneeweide
Kontakt: hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de
Mobil/WhatsApp: 0163 2701371

Eine Anmeldung vorab ist für uns hilfreich – spontan Vorbeikommen ist aber auch möglich.

Unser Angebot: Offen für alle

In unserer kostenlosen Sprechstunde nehmen wir uns Zeit für Ihre Fragen: Wir unterstützen vertraulich bei Ihren besonderen Herausforderungen – ob beim Ausfüllen von Wohngeldanträgen, bei der Überprüfung von Nebenkostenabrechnungen oder dem Verfassen eines Widerspruchs. Wir haben ein offenes Ohr für jede Art von Sorgen, und es gibt Kaffee oder Tee.

Termine:

Unsere Sozialsprechstunden im
1. Halbjahr 2025

- 16. Januar
- 20. Februar
- 20. März
- 17. April
- 15. Mai
- 19. Juni

In unseren Räumlichkeiten in der
Brückenstraße 28, 12439 Berlin (S-Bahn:
Schöneeweide, Tram: Brückenstraße)
heißen wir Sie herzlich Willkommen.
www.dielinke-treptow-koepenick.de/hilft

„Die DDR ist nachhaltig“

Buchtrilogie zu 40 Jahre DDR abgeschlossen



Wieder so doppeldeutig ist der Titel des neuen Buchs der Autorinnen Ellen Händler und Uta Mitsching-Viertel, die nach den erfolgreichen Büchern „Unerhörte Ostfrauen“ und „ProblemZone Ostmann?“ mit dem letzten Band „Die DDR ist nachhaltig“ ihre Trilogie abschließen und damit einen wichtigen Beitrag zur gerechten, historisch betrachteten Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit 40 Jahren DDR leisten. 81 Männer und Frauen der alten Generation aus der DDR berichten in narrativen Interviews über ihr Leben in zwei gesellschaftlichen Systemen. Sie wurden im Osten sozialisiert, erlebten den Umbruch mit der Wende und einen Neuanfang im Westen. Ihre Berichte zeigen eine individuelle Sichtweise im Rückblick auf 40 Jahre normalen DDR-Alltag im Vergleich zum Leben 30 Jahre danach. Insgesamt 70 Jahre deutscher Geschichte.

Nunmehr analysierten sie diese biografischen Lebensläufe, fragten nach den gesellschaftlichen Grundlagen der DDR, um herauszufinden, ob in ihnen eine spezifische Ostidentität zu erkennen ist, eine Identität, die den Osten und besonders die Ostdeutschen dieser Generation in 70 Jahren prägte und noch immer ausmacht. In die Betrachtung ziehen sie ihre 135 Lesungen, die sie in allen 16 Bundesländern seit 2019 absolviert haben, ein. Die gesammelten Stimmen sind Zeitzeugnisse, die im aktuellen Diskurs zur Ostidentität zählen und ge-

hört werden sollten. Sie stellen mit diesem dritten Band heraus, dass die Konstruktionen einer Ostidentität nicht nur bestehen, sondern auch nachhaltig sind. Die biografischen Erfahrungen im Sozialismus bestimmen bis heute große Teile des Lebens und wirken auch nach außen – ob im Arbeitsprozess oder in der Familie. Dabei trafen sie eine Auswahl gesellschaftlicher Bereiche, die vor allem im Fokus des aktuellen politischen Erinnerungsdiskurses stehen und für die sie in 11 Kapiteln die Ostidentität als biografische Erfahrung darlegen. Dazu gehören u.a. Arbeit und Familie in der DDR einschließlich Kinderbetreuung von der Krippe bis zur Schule, Analysen und Wertungen über das Demokratieverständnis des Ostens, das Bildungssystem, das widersprüchliche Leben mit Staatssicherheit, Kirche und Armee sowie die biografischen Brüche der Menschen mit der Wende. Und all das ohne verklärenden Blick, ohne Nostalgie.

Damit sind sie immer noch die einzigen Ostlerfrauen, die es gewagt haben, ihr typisch Ostdeutsches herauszufinden, das die alte Generation ausmacht. Sie stellen heraus: „Der Ossi ist anders, will es auch bleiben“, und ist stolz darauf, zwei gesellschaftliche Systeme erlebt zu haben, vergleichen zu können und dem Wessi etwas entgegenzusetzen. Die Zeit der Diskriminierung und Aberkennung seiner Lebensleistungen ist vorbei. Sie legen vielmehr Wert darauf, in der DDR ein

erfülltes Leben, in Arbeit mit hoher Qualifikation, ohne Armut und Obdachlosigkeit, trotz Diktatur des Proletariats, die der Westen nur negativ sieht, gelebt zu haben. Gerade in der letzten Zeit werden ostdeutsche Biografien mehr und differenzierter als noch in den ersten Wendejahren zur Kenntnis genommen. Sie erinnern daran, wie Ostdeutsche allen Unterstellungen zum Trotz, zur Wende demokratische Entscheidungen trafen, sodass die westliche Meinung, „Ostdeutsche können nicht Demokratie“ bzw. sie sind „diktaturgeschädigt“ ad absurdum geführt wird. „Es gab Demokratieerfahrungen in der DDR, die Ostdeutsche bis heute vermissen und das betrifft nicht nur das kultivierte Eingabesystem, sondern vor allem betriebliche Mitbestimmung, die als direkter denn heute wahrgenommen wird.“ (nd Der Tag 1.9.24 Karlen Vesper). Auf 170 Seiten zeigen die beiden Autorinnen, was Ostidentität ausmacht, mit anderen Lebenserfahrungen, Sitten und Gebräuchen, mit Mentalitäts-



Termine

Mo 13.1. /// 15 Uhr

Beratung der AG Seniorenpolitik in der Geschäftsstelle Gregor Gysi Brückenstraße. Thema: Aktuelle Probleme, Projekte und Aufgaben im Wahlkampf zur Bundestagswahl am 23.02.25

Do 16.1. /// 17 Uhr **Erste Sprechstunde der Aktion** „Die Linke hilft – Treptow-Köpenick“. Ort: Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Mo 27.1. /// 16 Uhr

Am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, verlegt die Stolperstein-Initiative des BdA Treptow in Schöneeweide, Köllnische Straße 47 zwei Stolpersteine für das Ehepaar Anne Marie und Dr. Benno Jottkowitz.

Termine für Wahlveranstaltungen stehen noch nicht fest. Sie werden jeweils aktuell auf der Internetseite des Bezirks www.dielinke-treptow-koepenick.de veröffentlicht.

unterschieden, einem einfach Anderssein. Warum sollten sie das eigentlich nicht? ■ ■

Ellen Händler, Uta Mitsching-Viertel: *Die DDR ist nachhaltig – Eine Streitschrift zur Ostidentität*. ibidem-Verlag Hannover, ISBN: 978-3-8382-1897-7 Paperback, Preis: 10 €. Auch als e-book erhältlich: ISBN: 978-3-8382-7897-1, 7,99€

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de